

## **Protokolleintrag vom 29.10.2014**

**2014/341**

### **Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2014: Steuerliche Massnahmen beim Bund und Kanton Zürich, Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Stadt**

Von Matthias Probst (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 29. Oktober 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In den letzten Jahren wurden auf Bundes- und Kantonebene verschiedenste Steuern angepasst und in der Regel gesenkt. Diese Anpassungen, die von den Gemeinden nicht beeinflusst werden konnten, hatten aber trotzdem Auswirkungen auch auf die Gemeindeebene. So kommt es, dass die Stadt Zürich als eine der reichsten Städte der Welt, trotz steigenden Steuereinnahmen nicht in der Lage ist, die steigenden Anforderungen einer ständig wachsenden Bevölkerung zu befriedigen, ohne mit zahlreichen Sparübungen konfrontiert zu werden. Die Städte werden von den übergeordneten Ebenen so in finanzielle Bedrängnis gebracht. Dabei sind es genau diese übergeordneten Staatsebenen, für die ein ruinöser Standort- und Steuerwettbewerb wichtiger war, als eine nachhaltige Finanzpolitik.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Steuern mit Einfluss auf das Steuersubstrat der Stadt Zürich wurden im Zeitraum zwischen 1998 und 2013 durch den Bund oder den Kanton Zürich gesenkt? Gebeten wird um eine detaillierte Aufstellung, nach Jahren sowie nach den entlasteten Gruppen von Steuersubjekten?
2. Welche Steuern mit Einfluss auf das Steuersubstrat der Stadt Zürich wurden im Zeitraum zwischen 1998 und 2013 durch den Bund oder den Kanton Zürich erhöht? Gebeten wird um eine detaillierte Aufstellung, nach Jahren sowie nach den zusätzlich belasteten Gruppen von Steuersubjekten?
3. Welche Veränderungen der Steuergesetzgebung bei Bund und Kanton Zürich sind zur Zeit in Diskussion? Mit welchen finanziellen Folgewirkungen auf das Steuersubstrat der Stadt ist mit diesen Veränderungen zu rechnen?

Mitteilung an den Stadtrat